



27. November 2020

Mit diesen Hauptstadtinfos berichten die beiden nordhessischen Bundestagsabgeordneten für Waldeck-Frankenberg, Kassel-Land und Schwalm-Eder, Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin.

Inhalt:

- **Bekämpfung der SARS-Cov2-Pandemie**
- **Automobilindustrie im Wandel**
- **Diese Woche im Deutschen Bundestag**
 - **Gesundheitspolitik**
 - **Verbraucherschutz und Konsum**
 - **Familienrecht und Elterngeld**
 - **Mehr Geld für Berufe der Rechtspflege**
- **Kabinettsausschuss beschließt Maßnahmenpaket zur Rassismusbekämpfung**
- **Bilder der Woche**

Bekämpfung der SARS-Cov2-Pandemie

Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz

Angesichts des weiterhin kritischen Infektionsgeschehens hat die **Ministerpräsidentenkonferenz** gemeinsam mit der Bundesregierung beschlossen, die für den November geltenden Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie bundesweit bis zum 20. Dezember verlängern. Einige Vorgaben werden sogar weiter verschärft: Unter anderem darf sich im Einzelhandel in Zukunft nur eine Person pro 10 Quadratmetern Verkaufsfläche aufhalten. Private Zusammenkünfte werden auf fünf Personen aus maximal zwei Haushalten beschränkt. Diese Regel wird für die Zeit vom 23. Dezember bis 1. Januar gelockert, sodass Treffen bis maximal 10 Personen möglich sein werden. In beiden Fällen zählen Kinder bis 14 Jahre allerdings nicht mit. Dies bedeutet, dass Familien die Weihnachtsfeiertage im privaten Umfeld – wie gewohnt – zusammen begehen können.

Die Novemberhilfe wird in den Dezember verlängert

Auch die finanzielle Unterstützung des Bundes und der Länder für die von den temporären Schließungen erfassten Unternehmen, Betriebe, Selbstständige, Vereine und Einrichtungen wird fortgeführt. Das ist zwar finanziell herausfordernd und auch europarechtlich nicht ganz



einfach. "Es geht aber um die Sicherung von Existenzen in dieser schwierigen Zeit, da müssen wir pragmatisch, unbürokratisch und klug handeln.", schrieb

Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) dazu auf Twitter. Die Novemberhilfe wird daher in den Dezember verlängert.

Wir gehen aber alle davon aus, dass im Frühjahr nicht nur durch das freundlichere Wetter, sondern vor allem aufgrund der Impfungen die Corona-Neuinfektionen erheblich zurückgehen werden. Dadurch wird sich die Lage langsam wieder normalisieren.

Automobilindustrie im Wandel – gemeinsam in die Zukunft

Die Corona-Pandemie trifft die Automobilindustrie und die Zuliefererbranche in einem Moment, in dem sie durch Klimaschutzanstrengungen und Digitalisierung ohnehin unter einem doppelten Anpassungsdruck steht.

Im aktuellen Konjunktur- und Zukunftsprogramm liegen über acht Milliarden Euro bereit:

- für Investitionen in Weiterbildung und Qualifizierung,
- für die Anschaffung klimafreundlicher LKW und Nutzfahrzeuge,
- für die weitere Förderung von Elektroautos bis 2025 („Innovationsprämie“)
- und für die dafür nötige flächendeckende Ausstattung mit Ladesäulen.

Doch das ist nur die eine Seite der Medaille. Wir müssen nicht nur die Nachfrage nach Elektromobilität stärken, sondern auch unsere heimische Automobilindustrie dabei unterstützen, sich auf eine emissionsfreie Zukunft umzustellen. Wir als SPD-Bundestagsfraktion haben uns in den letzten Monaten intensiv mit Gewerkschaften und Unternehmen beraten, wie das am besten gelingen kann, und sind stolz, dass wir unsere Ideen eines „Zukunftsfonds Automobilindustrie“ und des Förderprogramms „Zukunftsinvestitionen in die Fahrzeugbranche“ durchsetzen konnten.

Der **„Zukunftsfonds Automobilindustrie“** erhält ein Volumen von einer Milliarde Euro, um industrie- und beschäftigungspolitische Projekte und Maßnahmen zu unterstützen, die von besonderer Bedeutung für die Automobilbranche sowie verwandte Industrien sind.

Der Wandel zu alternativen Antrieben ist aber nicht allein eine Angelegenheit der Unternehmen. Er hat erhebliche Auswirkungen auf die Regionen, ihr Angebot an Arbeitsplätzen und ihren Wohlstand. Das Förderprogramm des Konjunkturpaketes **„Zukunftsinvestitionen in die Fahrzeugbranche“** widmet daher zusätzliche 200 Millionen Euro für die Erarbeitung regionaler und kommunaler Strategien, um Veränderungen erfolgreich zu gestalten.

Wir als SPD wollen den notwendigen zügigen Umstieg auf klimafreundliche Antriebe mit dem Erhalt der Arbeitsplätze und der Wertschöpfungsketten in der Branche verbinden. Wichtig ist uns, dass bei diesem Prozess die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer selbst, die Wissenschaft und auch die Sozialpartner mit ihren unterschiedlichen Blickwinkeln und Ideen eingebunden werden.

Diese Woche im Bundestag

Gesundheitspolitik - Für eine robuste Gesundheitsversorgung und Pflege

Das Gesetz zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung und Pflege sieht vor, dass 20.000 neue Assistenzstellen in der Altenpflege geschaffen werden.

Mehr Personal in der Altenpflege, eine stabile Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung im kommenden Jahr und mehr Stellen in der Geburtshilfe sind laut Bundesregierung die Ziele des Gesetzentwurfs.

Damit soll das Pflegepersonal, Pflegebedürftige und Angehörige in den Heimen entlastet werden. Finanziert wird dies vollständig von der Pflegeversicherung. Zudem verbessern wir die Versorgung von Schwangeren. Von 2021 bis 2023 erhalten Krankenhäuser rund 200 Millionen Euro zusätzlich für mehr Stellen in der Geburtshilfe.

Damit die Gesetzliche Krankversicherung (GKV) auch in Zukunft finanziell sicher aufgestellt ist und Beiträge weitestgehend stabil gehalten werden, erhält die GKV einen einmaligen zusätzlichen Bundeszuschuss in Höhe von fünf Milliarden Euro im Jahr 2021. Hiermit werden auch die öffentlichen Lasten der Krankenversicherung in der Corona-Pandemie, wie bspw. für Testungen, vollständig ausgeglichen. Zur weiteren Stabilisierung werden zusätzlich acht Milliarden Euro aus den Finanzreserven der Krankenkassen in den Gesundheitsfonds überführt.

Gesundheitspolitik - Ausbildung in der technischen Medizin attraktiver machen

Die Corona-Pandemie unterstreicht einmal mehr, wie wichtig eine gute Versorgung von Intensivpatienten ist.

Mit einem Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Reform der technischen Assistenzberufe in der Medizin und zur Änderung weiterer Gesetze (MTA-Reform-Gesetz, [19/24447](#)), der in dieser Woche erstmals beraten wurde, sorgen wir für



eine moderne, zukunftsorientierte und attraktive Ausbildung, die vor allem einen fairen Ausbildungsvertrag und eine angemessene Vergütung umfasst. Zudem schaffen wir das Schulgeld ab und sorgen für Rechtssicherheit bei der Arbeit von Notfallsanitätern. Damit wollen wir junge Menschen überzeugen, sich für einen der wichtigsten Berufe in der Gesundheitsversorgung zu entscheiden.

Die vier Berufe in der medizinischen Technologie (für Laboratoriumsdiagnostik, Radiologie, Funktionsdiagnostik und Veterinärmedizin) sollen damit reformiert und gestärkt werden.

Verbraucherschutz und Konsum

Diese Woche wurden einige Neuregelungen im Bereich Verbraucherschutz und Konsum getroffen, darunter:

- **Weinbezeichnungen:** In Zukunft entscheidet auch in Deutschland nicht mehr der Zuckergehalt, sondern die Herkunft des Weines über seine Bezeichnung. Damit steht hinter der jeweiligen Bezeichnung ein bestimmtes Zusammenspiel aus Rebsorte, Klima, Bodenstruktur und natürlich der Arbeit der regionalen Winzerinnen und Winzer. Verbraucherinnen und Verbraucher haben in Zukunft schon beim Kauf eine klarere Vorstellung, welcher Wein und welcher Geschmack sie erwartet. Durch diese Anpassung an das EU-Weinrecht sind deutsche Winzererzeugnisse außerdem



international besser vergleichbar und besser zu vermarkten.

- **Plastiktütenverbot:** Um den immer noch hohen Verbrauch von ca. 20 Tüten pro Kopf und pro Jahr in Deutschland weiterhin zu minimieren, werden Plastiktüten mit einer Wandstärke von weniger als 50 Mikrometern, die oft kein zweites Mal verwendet und zu häufig unsachgemäß weggeworfen werden, künftig verboten.
- **Inkassorecht:** Um unseriöse Geschäftspraktiken im Inkassowesen zu unterbinden und die Transparenz zu stärken, müssen Schuldnerinnen und Schuldner in Zukunft über die beim Abschluss von Zahlungsvereinbarungen entstehenden Kosten und die Rechtsfolgen von Schuldanerkennnissen aufgeklärt werden. Weiterhin werden sie bei geringfügigen Forderungen bis 50 Euro wie auch beim Begleichen von Forderungen nach dem ersten Mahnschreiben entlastet.

Familienrecht und Elterngeld

- **Vormundschafts- und Betreuungsrecht:** Mit der Gesetzesänderung wird das Selbstbestimmungsrecht der zu betreuenden Person, die Qualität der Betreuung und die Auswahl und Kontrolle von Betreuerinnen und Betreuern gestärkt. Die Betreuung darf nur dann bestellt werden, wenn dies zum Schutz der betroffenen Menschen erforderlich ist. Deren Wünsche sind der zentrale Maßstab.
- **Elterngeld:** In erster Lesung haben wir darüber beraten, wie wir Elterngeld, Elterngeld-Plus und Partnerschaftsbonus flexibler und einfacher machen. So wollen wir den Stundenkorridor für den Partnerschaftsbonus von derzeit 25 bis 30 auf 24 bis 32 Stunden ausdehnen. Eltern können demnach im Schnitt eine Wochenstunde weniger oder auch bis zu zwei Wochenstunden mehr arbeiten als bisher. Er muss nur noch für mindestens zwei Monate bezogen werden und geringe selbstständige Nebeneinkünfte können vorteilhafter berücksichtigt werden.

Mehr Geld für Berufe der Rechtspflege

Rechtsanwälte, Sachverständige, Sprachmittler, ehrenamtliche Richter und Zeugen, diese Berufsgruppen sind wichtiger Teil der Rechtspflege und unseres Rechtsstaats. Sie müssen ausreichend verdienen, um ihre Unabhängigkeit und ihre hohe Qualität zu sichern. Esther Dilcher sprach hierzu vor dem Deutschen Bundestag.

Seit der letzten Gebührenerhöhung im Jahr 2013 sind die Tariflöhne um 19% und die Verbraucherpreise um rund 10% gestiegen.

Nach langen Beratungen auch mit den Bundesländern wurde daher beschlossen, zum 1.1.2021 die Gebühren für die genannten Gruppen um 10% - also entsprechend den Verbraucherpreisen - nach oben anzupassen.

„Der SPD-Fraktion wäre es ein Anliegen, diese Anpassungen zu dynamisieren und diese Auffassung teilen viele Kolleginnen und Kollegen hier im Bundestag“, sagte Esther Dilcher in ihrer Rede und hofft, „dass die nächste Gebührenanpassung nicht wieder so lange verhandelt werden muss“.

Kabinettsausschuss beschließt Maßnahmenpaket zur Rassismusbekämpfung

Letzten Mittwoch fand eine Kabinettsausschusssitzung „Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus“ im Bundeskanzleramt statt.

An dieser Sitzung hat auch Edgar Franke als Opferbeauftragter der Bundesregierung teilgenommen. Dazu Edgar Franke in der Hessisch-Niedersächsischen Allgemeinen vom 26.11.20 (siehe [Artikel](#) rechts).

Die Bundesregierung wird Schutz-, Beratungs- und Hilfsangebote für Opfer von extremistischen Taten, insbesondere rechtsextremer Gewalt und rassistischer Diskriminierung, ausweiten. Betroffeneninitiativen und die engagierte lokale Zivilgesellschaft in den Orten rechtsextremer und rassistischer Anschläge werden stärker bei deren Bewältigung und der Auseinandersetzung mit ihren Folgen unterstützt.

Opferschutz soll gestärkt werden

Über 1 Milliarde Euro gegen Extremismus

Berlin – Die Bundesregierung weitet den Schutz von Opfern extremistischer Taten und rassistischer Diskriminierung aus. Dazu soll unter anderem auch die Informations- und Netzwerkarbeit des Bundesopferbeauftragten Edgar Franke ausgebaut werden. Das Maßnahmenpaket wurde am Mittwoch unter dem Vorsitz der Bundeskanzlerin von dem Kabinettsausschuss



Edgar Franke
Bundesopferbeauftragter

zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus vorgelegt. Der Ausschuss wurde im März von der Bundesregierung eingesetzt.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Franke, der aus dem nordhessischen Gudensberg stammt, wird sich demnach insbesondere um eine Stärkung sogenannter opferschützender Akteure in Bund, Ländern und Zivilgesellschaft kümmern. Dazu gehören etwa Opferberatungsstellen und die Opferbeauf-

tragten in den Bundesländern. Das Finanzvolumen dafür beträgt für den Zeitraum 2021 bis 2024 über 1 Milliarde Euro. Falls der Haushaltsausschuss zustimmt, sollen weitere 150 Millionen Euro hinzukommen. Sämtliche mit dem Paket verbundenen Projekte sollen am kommenden Mittwoch vom Bundeskabinett verabschiedet werden.

Franke sagte gegenüber unserer Zeitung: „Wir müssen dafür sorgen, dass aus der Corona-Krise keine Demokratie-Krise wird. Hetzer und Rassisten sind viel zu laut, obwohl sie eine kleine Minderheit sind. Gefährliche Corona-Mythen und rassistische Hetze verdienen keine Aufmerksamkeit. Wir müssen uns endlich konsequent denjenigen zuwenden, die von Rechtsextremisten und Demokratiefeinden tagtäglich beleidigt, bedroht und angegriffen werden.“

Es gebe viele Initiativen, die sich wie in Halle und Hanau um die Opfer von Anschlägen kümmern. Laut Franke sind die dort gelebte Menschlichkeit und Solidarität „existenziell wichtig für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft“. tpa FOTO: PRIVAT



Die Informations- und Netzwerkarbeit des Bundesopferbeauftragten soll ausgebaut werden. Der Opferbeauftragte wird sich insbesondere um den Informationsaustausch der opferschützenden Akteure in Bund, Ländern und Zivilgesellschaft, Fachtagungen und dem Austausch von „best practice“ mit Opferberatungsstellen und den Landesopferbeauftragten widmen.

Anfang Oktober bereits gestartet ist die zentrale Opferschutzplattform im Internet www.hilfe-info.de <<http://www.hilfe-info.de>> . Dort sind wichtige Informationen, Hilfs- und Entschädigungsmöglichkeiten sowie Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für Betroffene jederzeit leicht zu finden.

Bilder der Woche

Pünktlich um 11:00 Uhr begannen die Abgeordneten des Haushaltsausschusses, darunter Esther Dilcher, mit der Bereinigungssitzung für den Bundeshaushalt 2021.





So erreichen Sie uns:

Esther Dilcher, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-75113
esther.dilcher@bundestag.de

Wahlkreisbüros:

Briloner Landstr. 27
34497 Korbach
Tel.: 05631-974712
www.estherdilcher.de

Bahnhofstraße 26
34369 Hofgeismar
Tel.: 05671-5099398

Dr. Edgar Franke, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-73319
edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros:

Bahnhofstr. 36c
34582 Borken
Tel.: 05682-739729

Obermarkt 5
35066 Frankenberg
Telefon 06451-717950
www.edgarfranke.de

Um 4:30 Uhr am Morgen war das Paket endlich geschnürt und kann im Bundestag beschlossen werden.



Zum "Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen" am 25. November 2020.

Eine Information der Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke. Die Infos sind bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

Bilder: Seite 1 Edgar Franke, Seite 2 Pressefoto Olaf Scholz | RGB | © Thomas Trutschel / Photothek, Seite 4 Bild von [Darko Stojanovic](#) auf [Pixabay](#), Seite 5 Bild von [Hans Braxmeier](#) auf [Pixabay](#), Seite 7 Ausriss aus der HNA vom 26.11.20, Seite 8 oben Edgar Franke, Seite 8 unten und Seite 9 Esther Dilcher.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.